

p.B.15.21.3.- DZ/ro

Den 29. Juni 1971.

A k t e n n o t i z

Anfrage der Geschäftsprüfungs-
kommission des Nationalrates
betreffend nachbarrechtliche
Beziehungen mit Italien.

Ich gebe Herrn Botschafter Thalmann von der Anfrage der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates Kenntnis. In der vorläufigen Empfangsbestätigung des Politischen Departements an die Bundeskanzlei vom 17. Juni 1971 wird vorgeschlagen, dass das in den meisten Einzelfällen zuständige Finanz- und Zolldepartement einen entsprechenden Antrag an den Bundesrat richten soll. Dieses Vorgehen steht aber im Widerspruch zur eigentlichen Problematik der Anfrage. Wie sich schon 1970 gezeigt hat, geht es Herrn Nationalrat Masoni nicht um Auskünfte über den Stand der einzelnen Verhandlungen, sondern um das viel grundsätzlichere Problem der einheitlichen Verantwortung für die bilateralen Beziehungen. Die Geschäftsprüfungskommission hat sich denn auch direkt an den Gesamtbundesrat gerichtet, wobei der Hauptteil der Antwort sich auf diese Grundsatzfrage, für die das Politische Departement zuständig ist, beziehen sollte. Es handelt sich hier um eine eminent politische Frage und ein Koordinationsproblem für das der Generalsekretär bzw. die Politische Abteilung verantwortlich ist. In unserem Antrag sollten wir deshalb mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, dass die Oberleitung und Koordination der Verhandlungen Sache des Politischen Departements (praktisch des Generalsekretärs) ist. An der heutigen konkreten Zuständigkeit für die einzelnen Verhandlungen kann wohl angesichts der Kompetenzverteilung zwischen den Departementen nichts geändert werden. Dies hindert

./.



- 2 -

aber nicht daran, dass das Politische Departement die ihm zukommende Koordinationsaufgabe erfüllt. Es schadet gar nichts, wenn diese Tatsache den Fachdepartementen wieder einmal in Erinnerung gerufen wird. Sie werden im Mitberichtsverfahren Gelegenheit haben, sich zu dieser Frage zu äussern.

Herr Botschafter Thalmann erklärt sich mit diesem Vorgehen ausdrücklich einverstanden.

Herr Bundesrat Graber wird bei Gelegenheit entsprechend zu orientieren sein.

